

Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



Zur Lage

Energiewende mit Augenmaß

Fragen nach der Finanzierung werden beantwortet

Die Fortentwicklung ihres Energiekonzepts ist eine der anspruchsvollsten Aufgaben, die sich die christlich-liberale Koalition bisher vorgenommen hat. Die Katastrophe von Fukushima lehrt uns: Wir müssen den Ausbau der erneuerbaren Energien noch mehr beschleunigen. Darin sind wir uns in unserer Fraktion und auch in der Koalition einig.

Wie wir diesen Weg genau beschreiten wollen, müssen wir aber in den kommenden Wochen genau überlegen. Das weiterentwickelte Konzept für die zukünftige Energieversorgung darf keine Fragen offen lassen. Es muss in jeder Hinsicht stimmig sein.

Drei wichtige Faktoren müssen wir bei dem beschleunigten Aufbruch in das Zeitalter der erneuerbaren Energien in Übereinstimmung bringen:

Erstens muss Deutschland seine Stromversorgung allein sicherstellen. Eine dauerhafte Abhängigkeit von ausländischen Erzeugern darf es nicht geben. Ansonsten lügen wir uns in die eigene Tasche.

Zweitens darf ein schnellerer Ausstieg nicht zu Lasten unserer Bemühungen gehen, dem Klimawandel Einhalt zu gebieten. Das bedeutet schlicht: Der schnelle Ausstieg aus der Kernenergie darf die Ziele zur Reduktion der Treibhausgase nicht in Frage stellen.

Drittens muss die Energie für die Bürger und die Wirtschaft weiter bezahlbar sein.

„Die Grünen sind wieder einmal verstummt“

Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht eine Antwort darauf, wie sich künftig die Energiepreise entwickeln werden. Nun kann zwar niemand die Öl- oder Gaspreise in zehn Jahren prognostizieren. Wir müssen den Bürgern und der Wirtschaft aber schon eine Vorstellung davon verschaffen, wie die Preisentwicklung durch den beschleunigten Eintritt in



Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

das Zeitalter der erneuerbaren Energien verlaufen dürfte.

Wir werden die Energiewende sicher auch weiterhin mit Haushaltsmitteln fördern. Zu denken ist an die Förderung der Gebäudesanierung und der Erforschung neuer Speichertechnologien. Die Spielräume sind aber begrenzt. Denn Zukunft zu gestalten, heißt auch die öffentliche Verschuldung abzubauen.

Von den Grünen ist in diesem Zusammenhang wenig zu hören. Sie propagieren zwar immer einen Energieumstieg, sagen aber nie, wie der bewerkstelligt werden kann. Werden sie nach der Finanzierung gefragt, geben sie nur nebulöse Antworten in Richtung eines Abbaus von angeblich ökologisch unsinnigen Subventionen. Das ist viel zu wenig. Daran zeigt sich: Nur die Union kann eine Energiewende mit Vernunft und Augenmaß gestalten.

Wollen herüber

Inhalt

Energiewende mit Augenmaß	1
Deutschland ist der tragende Pfeiler eines stabilen Europas	2
PID: Verboten oder in Grenzen zulassen?	3
„Der Euro ist nicht in der Krise“	4
Die Energiewende gestalten	5
Italien für Flüchtlinge aus Nordafrika verantwortlich	6
Humanitäre Hilfe für Libyen	6
Von der Ausbildungskrise zum Fachkräftemangel	7
Unionsfraktion gegen höhere Dieselbesteuerung	7
Für eine Reform der Sozialwahlen	8
Union setzt weiter auf Filmförderung	9
Letzte Seite	10

Impressum

Herausgeber
Peter Altmaier MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantwortl.)

Telefon (030) 227 53015
Telefax (030) 227 56660
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Deutschland ist der tragende Pfeiler eines stabilen Europas



Peter Altmaier
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Die aktuellen Debatten über den Europäischen Stabilitätsmechanismus, über den Euro und über Hilfen für notleidende Euro-Staaten dürfen nicht vergessen machen, worum es bei der Stabilisierung unserer Währung und damit der Europäischen Union überhaupt geht: um unseren Wohlstand in Frieden und Freiheit und auch um die Möglichkeit, unsere politischen Vorstellungen in Europa zur Geltung bringen zu können.

Die Einführung des Euro gehört zu den großen Leistungen der europäischen Integration. Seit nunmehr zehn Jahren trägt der Euro maßgeblich dazu bei, dass die Wirtschaft in der Euro-Zone prosperiert und dass die Bundesrepublik ihre Stellung als Exportland ausbauen konnte. Die Entscheidung für den Euro war richtig: Er ist stabiler, als die D-Mark es zuvor war.

Trotzdem haben einige Euro-Länder große Probleme, weil sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Mangelnde Wettbewerbsfähigkeit und ausufernde Staatsverschuldung sind die Folge. Die internationale Banken- und Wirtschaftskrise hat dazu beigetragen, dass die Versäumnisse offenbar wurden. Finanzmärkte und Spekulanten haben seit dem letzten Frühjahr gegen Griechenland, Portugal und Irland, aber auch gegen den Euro gewettet. Sie

setzten auf den Zerfall der Währungsunion und auf die mangelnde Handlungsfähigkeit der EU. Diese Rechnung ging nicht auf – und das liegt ganz wesentlich an dem Handeln von Angela Merkel und Wolfgang Schäuble in Brüssel.

Unsere Politik dient der dauerhaften Sicherung und Stabilisierung des Euro und seiner Mitgliedsländer. Deshalb haben wir unsere Bereitschaft zur Solidarität bekundet, gleichzeitig aber auf eigenen Kraftanstrengungen der betroffenen Länder zu ihrer Konsolidierung bestanden. Denn nur, wenn sie ihre Probleme lösen und wieder wettbewerbsfähig werden, werden die Spekulanten entmutigt, und eine gedeihliche Entwicklung wird möglich.

Nach den Vereinbarungen im Europäischen Rat wird Europa künftig eine gemeinsame Wirtschaftspolitik haben, die diesen Namen verdient. Dann wird jedes einzelne Land nachweisen müssen, dass es seine Hausaufgaben gemacht hat. Länder, die den Europäischen Solidaritätsmechanismus in Anspruch nehmen wollen, müssen konkrete und nachprüfbare Verpflichtungen eingehen, deren Erfüllung kontrolliert und durchgesetzt wird. Schon jetzt zeigt sich, dass in Europa ein Umdenkprozess eingesetzt hat: Immer mehr Staaten erkennen, dass man mit exzessivem Schuldenmachen kein Problem löst.

CDU und CSU werden dafür sorgen, dass die Europäische Union aus der Krise, die einzelne Mitgliedstaaten betroffen hat, handlungsfähig und gestärkt hervorgeht. Der hervorragende Zustand unserer Wirtschaft, das Entstehen vieler hunderttausend neuer Arbeitsplätze und das enorme Wirtschaftswachstum in Deutschland sind eine Konjunkturlokomotive für Europa und ein starker Anreiz für die betroffenen Länder, ihre Wirtschaft zu sanieren. Deutschland steht auch künftig zu seiner europäischen Verantwortung, im eigenen Interesse und im Interesse Europas.

PID: Verboten oder in Grenzen zulassen?

Bundestag berät Gruppenanträge in erster Lesung

Gentests an Embryonen in der Petrischale galten bislang als verboten. Im Sommer 2010 entschied der Bundesgerichtshof allerdings, dass die Präimplantationsdiagnostik unter bestimmten Voraussetzungen doch zulässig sei. Nun will der Bundestag die PID gesetzlich regeln.

Über den künftigen Umgang mit PID entscheiden die Abgeordneten frei nach ihrem Gewissen und nicht entlang der Fraktionsgrenzen. Der Bundestag beriet am Donnerstag in erster Lesung die Anträge dreier fraktionsübergreifender Gruppen.

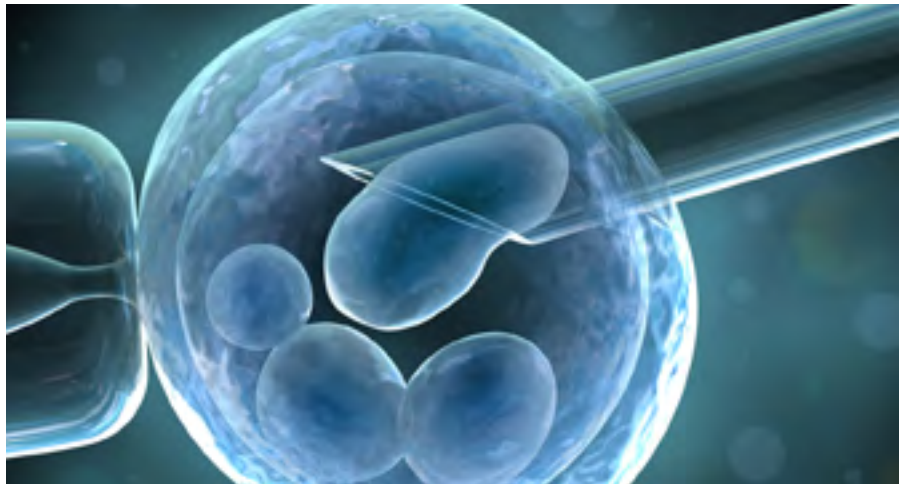
Für ein striktes Verbot der PID

An dem Antrag für ein striktes Verbot haben auf Seiten der CDU/CSU-Fraktion federführend die stellvertretenden Vorsitzenden Günter Krings und Johannes Singhammer mitgearbeitet. Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder unterstützt ihn.

Die Antragsteller befürchten in erster Linie, dass mit der Legalisierung der Präimplantationsdiagnostik der Selektion von menschlichem Leben Tür und Tor geöffnet werde. Dies bedeute unterschwellig ein Angriff auf die Würde des Menschen, mahnen sie. Mit der Zulassung der PID würde auf Eltern künftig zunehmend sozialer Druck ausgeübt, diese Möglichkeit in Anspruch zu nehmen, wenn schwerwiegende Erkrankungen oder Behinderungen des Kindes zu erwarten sind.

Die PID-Gegner befürchten außerdem, dass künftig nicht nur „unerwünschte“ Embryonen aussortiert, sondern gezielt „erwünschte“ Embryonen erzeugt würden – beispielsweise als Organ- oder Knochenmarkspender für erkrankte Familienangehörige.

Einen Widerspruch zwischen einem PID-Verbot und der gesetzlichen Regelung zum Schwangerschaftsabbruch sehen die Antragsteller nicht. Bei Spätabbrüchen nach einer medizinischen Indikation gehe es um die körperliche und seelische Gesundheit



© Alexandr Mitiuc – Fotolia.com

der Mutter und nicht um eine Erkrankung des Fötus.

<http://blogfraktion.de/2011/04/12/pid-singhammer/>

PID-Zulassung nur im Einzelfall

Der Antrag, der eine Zulassung der PID im Einzelfall vorsieht, wurde auf Unionsseite federführend vom Parlamentarischen Staatssekretär Peter Hintze mit ausgearbeitet. Den Antragstellern geht es vor allem darum, Paaren mit genetischer Vorbelastung zu helfen, die bereits schwer kranke Kinder haben oder Schwangerschaftsabbrüche, Fehl- und Totgeburten durchleiden mussten. Diese Eltern sollen nach einer verpflichtenden Aufklärung und Beratung sowie dem Votum einer Ethik-Kommission die Möglichkeit erhalten, nach der künstlichen Befruchtung von Ei- und Spermazelle das werdende Leben im Reagenzglas untersuchen zu lassen. Die Ethik-Kommission muss jeden Einzelfall gesondert bewerten. Auf eine Liste von Krankheiten, bei denen eine PID zulässig wäre, verzichten die Antragsteller.

Die Befürworter einer Zulassung im Einzelfall verweisen darauf, dass das Verfahren in vielen Ländern Europas bereits etabliert ist. Die Erfahrungen zeigten, dass die Zulassung der PID unter strengen Auflagen eine verantwortungsvolle medizinische Diagnose

ermögliche und hohe ethische Kriterien erfülle. Die PID sei auch geeignet, Gefahren infolge eines späteren Schwangerschaftsabbruches zu vermeiden.

<http://blogfraktion.de/2011/04/12/pid-hintze/>

PID-Zulassung in engen Grenzen

In dem Antrag für eine Zulassung der Präimplantationsdiagnostik in engen Grenzen hat von Seiten der CDU/CSU-Fraktion Bundestagspräsident Norbert Lammert mitgewirkt. Der Antrag ist in vielem dem Entwurf ähnlich, der eine Einzelfallprüfung vorsieht: So wird auch hier eine PID nur im Ausnahmefall erlaubt. Die möglichen Eltern müssen umfassend beraten werden und das Votum einer Ethik-Kommission einholen.

Das Kriterium für die Zulassung im Einzelfall ist jedoch nicht ein bestimmtes Krankheitsbild beim Embryo, sondern seine Lebens- oder Überlebensfähigkeit. Beweggrund für die Zulassung seien das Leiden von Paaren, deren genetische Vorbelastung zu Fehl- oder Totgeburten führen könne, heißt es in dem Antrag. Mit dieser Eingrenzung wollen die Antragsteller verhindern, dass die Indikationen für eine PID schleichend ausgedehnt würden.

<http://blogfraktion.de/2011/04/12/pid-lammert/>

„Der Euro ist nicht in der Krise“

Interview mit dem europapolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,
Michael Stübgen



Michael Stübgen
Europapolitischer Sprecher der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

Nach Griechenland und Irland hat in der vergangenen Woche auch Portugal erklärt, dass es Hilfen des sogenannten Euro-Rettungsschirms in Anspruch nehmen muss. „Fraktion direkt“ sprach mit Michael Stübgen über Unterstützung für notleidende Staaten und Maßnahmen zur dauerhaften Stabilisierung des Euro.

Herr Stübgen, nun braucht also auch Portugal den Euro-Rettungsschirm. Macht Ihnen das Sorgen?

Stübgen: Grundsätzlich nein, denn genau für diese Fälle haben wir 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) vereinbart. Sorgen bereitet mir allerdings, wie bis zu den vorgezogenen Neuwahlen Anfang Juni ein verbindliches Reformprogramm verhandelt werden soll. Weder die geschäftsführende Regierung noch das portugiesische Parlament sind in der Lage, bindende Zusagen zu treffen. Ich bin dafür, dass das Sparpaket zügig vorbereitet wird. Ähnlich wie bei den irischen Finanzhilfen ist Portugal gefordert, umgehend nach Konstituierung des neuen Parlamentes das Konsolidierungsprogramm substantiell umzusetzen. Das wird Voraussetzung dafür sein, dass weite-

re Tranchen an Finanzhilfen geleistet werden können.

Und wie geht es weiter mit Griechenland, das als erstes Land Finanzhilfen in Anspruch genommen hat?

Stübgen: Griechenland muss sich weiter enorm anstrengen, damit es die selbstgesteckten Sparziele bis 2013 erfüllt. Die ersten Reformen waren wichtig, sie reichen aber nicht aus. Athen muss deutlich mehr bei der Privatisierung und der Steuererfassungsquote unternehmen. Die Maßnahmen müssen zügig im Parlament beschlossen und umgesetzt werden. Sollte Griechenland nicht bald größere Erfolge bei der Konsolidierung vorweisen, wird die Begründung für die Auszahlung weiterer Finanzhilfen immer schwieriger.

„Deutschland profitiert vom starken Euro“

Manche vermuten, dass auch Spanien bald schon die Hilfe des Rettungsschirms in Anspruch nehmen könnte?

Stübgen: Spaniens Staatsfinanzen sind vergleichsweise robust. Die Regierung hat einiges getan, was in Portugal versäumt wurde: Sie hat drastische Maßnahmen ergriffen, um das Defizit zu verringern, und Reformen durchgeführt, um die Wirtschaft effizienter zu machen. Auch wenn es in Spanien durchaus erhebliche Unsicherheitsfaktoren gibt, besteht aktuell kein nachvollziehbarer Grund, warum das Land unter den Rettungsschirm flüchten müsste.

Was wird getan, um zu verhindern, dass immer mehr Staaten in Europa in Not geraten?

Stübgen: Es wurden eine Reihe von Maßnahmen getroffen, damit die Länder erst gar nicht in die Lage kommen,

Finanzhilfen beantragen zu müssen. Mit dem geschärften Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindern wir, dass ein Land übermäßige Haushaltsdefizite und Staatsschulden auftürmt. Gleichzeitig verpflichten sich die Mitgliedstaaten im Euro-Plus-Pakt zu einer strikt stabilitätsorientierten Finanz-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Und zu guter Letzt wird ab Mitte 2013 ein permanenter Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) errichtet. Seine Inanspruchnahme wird an feste Regeln geknüpft und mit harten Auflagen verbunden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass alle Festlegungen zur Art und Höhe, insbesondere die Bestimmung von Obergrenzen der deutschen Beiträge zum ESM (Bareinlagen und Garantie) in Deutschland gesetzlich geregelt werden müssen. Damit unterliegen sie nämlich der parlamentarischen Zustimmung.

Laut einer aktuellen Umfrage macht sich eine Mehrheit der Deutschen Sorgen um die Stabilität des Euro. Was sagen Sie den Menschen?

Stübgen: Dass wir es nicht mit einer Euro-Krise zu tun haben. Vielmehr haben einzelne Mitgliedstaaten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und sind jetzt in Not geraten. Deshalb werden wir als CDU/CSU-Fraktion großen Wert darauf legen, dass die Hilfe an diese Länder mit ausreichenden Reform- und Konsolidierungsaufgaben verbunden sind.

Gerade wir Deutschen haben ein starkes Eigeninteresse an einem nachhaltig stabilen Euro und einer funktionierenden Wirtschafts- und Währungsunion. Deutschland profitiert vom starken Euro, weil er für Wachstum und Arbeitsplätze sorgt.

Die Energiewende gestalten

Atom-Moratorium dient der Weichenstellung – Fraktion diskutiert mit Umweltminister Röttgen und befragt Wissenschaftler

Es sind Monate entscheidender Weichenstellungen. In der verbleibenden Zeit des Atom-Moratoriums, das Mitte Juni ausläuft, sind wichtige Fragen der Energiewende zu klären: Wie kann der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden? Wie können die Kernkraftwerke den neuen Sicherheitsanforderungen angepasst werden, und wie kann der Übergang in das regenerative Zeitalter verantwortungsvoll gestaltet werden? Das Moratorium dient der Analyse hochkomplexer Themen, der breiten gesellschaftlichen Debatte und der politischen Entscheidungsfindung. In der vergangenen Woche fanden gleich zwei fraktionsoffene Sitzungen zu energiepolitischen Themen statt. Hier hatten die Abgeordneten Gelegenheit, mit Bundesumweltminister Norbert Röttgen zu diskutieren und Wissenschaftler zu befragen.

Rückgriff auf konventionelle Energien unvermeidbar

In der Sitzung mit den Wissenschaftlern hob der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Ruck hervor, dass die klimapolitischen Ziele des Energiekonzeptes ohne technologischen Fortschritt und damit ohne einen substanziellen Beitrag der Forschung kaum zu erreichen sein werden.

Die Experten griffen Fragen auf, die den Bürgern derzeit auf den Nägeln brennen. Wann können wir aussteigen? Was wird es kosten? Welche Forschungsansätze sind vielversprechend? Sie waren sich schnell einig, dass es für den beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland in den nächsten zehn Jahren eine natürliche Grenze gebe. Daher sei völlig klar, dass konventionelle Energieerzeugungstechnologien ausgebaut oder reaktiviert werden müssten.

Frank Behrendt von der Technischen Universität Berlin wies darauf hin, dass es beim Energiekonzept

nicht nur auf Umweltverträglichkeit, Bezahlbarkeit und Sicherheit ankomme, sondern auch auf Akzeptanz in der Bevölkerung. Bei der Nutzung der Kernenergie habe sich nicht das Risiko, sondern die Risikowahrnehmung geändert, betonte Ortwin Renn von der Universität Stuttgart. Er warnte bei allem Risikobewusstsein vor Versorgungsausfällen.



Der forschungspolitische Sprecher Albert Rupprecht und der Energiekoodinator Thomas Bareiß bei der fraktionsoffenen Sitzung

Viel Zustimmung erhielten der Präsident des Karlsruher Instituts für Technologie, Eberhard Umbach, und Frank Behrendt für ihre nachdrückliche Warnung, dass man – wie immer man sich politisch entscheide – Optionen nicht vorschnell ausschließen dürfe und Flexibilität für nachfolgende Generationen erhalten müsse. Es gebe viele gute Ideen in Deutschland, allerdings werde es auch darauf ankommen, aus der Grundlagenforschung Lösungen zu entwickeln. Der beschleunigte Ausbau der erneuerbaren Energien werde nicht zum Nulltarif zu haben sein, auch darüber waren sich die Experten mit den anwesenden Fraktionsmitgliedern einig.

Energiewende als Gewinnerthema

Über den fortlaufenden Betrieb deutscher Kernkraftwerke und die Beschleunigung der Energiewende soll

Anfang Juni entschieden werden. Die Teilnehmer der fraktionsoffenen Sitzung diskutierten mit Minister Röttgen über die Planungen der Bundesregierung zur beschleunigten Energiewende. Röttgen wies darauf hin, dass die Energiepolitik so unterschiedliche Aspekte wie Schöpfungsethik und wirtschaftliches Wachstum umfasse. Seitens der Be-

völkerung werde die aktuelle Diskussion über die Kernenergie als eine politische Bewährungsprobe wahrgenommen.

Trotz der massiven Herausforderungen könne die Energiewende ein Gewinnerthema für die Union werden, betonte Röttgen. Dies erfordere erstens ein Ende der Nutzung der Kernenergie und zweitens eine klare Ausgestaltung des Weges in das regenerative Zeitalter. Mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien könne man spürbare Anreize für wirtschaftliches Wachstum setzen. Die Herausforderung der kommenden Monate bestehe darin, die zwei überragenden Gemeinschaftsziele – die dringend erforderliche Haushaltskonsolidierung und die notwendige Energiewende – zu vereinbaren.

Italien für Flüchtlinge aus Nordafrika verantwortlich

Touristenvisa keine Lösung - Lastenverteilung in der EU entspricht dem Gebot der Fairness

In einer aktuellen Stunde beschäftigte sich der Bundestag mit der Situation der Flüchtlinge aus Nordafrika. Dabei kritisierte die CDU/CSU-Fraktion das italienische Vorgehen. Zur Bewältigung des Flüchtlingsstroms aus Nordafrika pocht Italien grundlos auf die Solidarität der EU-Partner. Dabei greift die Regierung in Rom zu Maßnahmen, die europarechtlich problematisch sind und gegen den Grundgedanken des Schengen-Übereinkommens verstoßen – etwa die Ausstellung von Touristenvisa für die illegal auf Lampedusa gestrandeten Bootsflüchtlinge. Damit soll diesen die Weiterreise in andere EU-Mitgliedstaaten erleichtert werden, um so Druck auf andere Schengen-Staaten aufzubauen, vor allem auf Frankreich und Deutschland. Nach dem geltenden europäischen Asylrecht (Dublin-II-Verordnung) ist Italien jedoch für die dort eingereisten Flüchtlinge selbst zuständig und muss nach dem Geist des Schengen-Regimes ihre Weiterreise etwa nach Deutschland oder Frankreich unterbinden. Italien isoliert sich mit dieser Vorgehensweise in der EU.



Die italienische Politik klaglos hinzunehmen hieße, ein Signal an Nordafrika auszusenden, dass die Türen Europas für einen weiteren Zustrom von Migranten weit offen stünden. Diese Flüchtlinge werden aber beim Aufbau der von ihnen herbeigesehnten

Demokratien in ihrer Heimat gebraucht. In dem Zusammenhang darf nicht übersehen werden, dass nur 2.000 der 25.000 auf Lampedusa gestrandeten Nordafrikaner Asylanträge gestellt haben. Vor allem bei den aus Tunesien stammenden illegalen Einwanderern handelt es sich um

Arbeitsmigranten, die sich in Europa eine neue Lebensgrundlage schaffen wollen. Nur ein ganz geringer Teil sind Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen.

Auch unter dem Gesichtspunkt einer fairen Lastenverteilung innerhalb der EU kann Italien zugemutet werden, mit dem Problem fertig zu werden: Im Jahr 2010 hatte Italien nur 6.520 Asylbewerberzugänge. Zum Vergleich: Deutschland nahm mehr als 41.000 Flüchtlinge auf, Frankreich 47.630. Auch angesichts von etwa 20.000 Flüchtlingen in diesem Jahr ist das Land immer noch erheblich weniger belastet als Deutschland und Frankreich. Von einer Überforderung kann nicht gesprochen werden.

Deutschland verschließt sich dem Solidaritätsgedanken innerhalb der EU keineswegs: Kleineren Mitgliedsstaaten wie Malta, die über nur geringe Aufnahmekapazitäten verfügen, wird geholfen, den Ansturm zu bewältigen. So nimmt Deutschland rund 100 der 1.000 Flüchtlinge auf, die auf Malta gestrandet waren.

Die Fraktion und die Welt

Humanitäre Hilfe für Libyen

Die Situation der Menschen in Libyen bleibt kritisch. Hunderttausende sind aus dem Land geflohen, vielerorts fehlt es an Nahrungsmitteln und Medikamenten. Die christlich-liberale Koalition hat von Anfang an erklärt, sich an humanitären Aktionen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu beteiligen. Bereits Anfang März war die deutsche Marine bei einer internationalen Hilfsaktion zur Bewältigung der Flüchtlingsströme von Libyen in die Nachbarländer dabei. Die Bundesre-

gierung hat außerdem mit den europäischen Partnern seit dem 21. März deutlich gemacht, dass die EU zur Unterstützung der humanitären Hilfe in der Region bereit ist. Voraussetzung ist eine entsprechende Anfrage der Vereinten Nationen. Die Mission EUFOR-Libya würde einen Beitrag zur Evakuierung von Flüchtlingen leisten sowie humanitäre Hilfsaktionen unterstützen. Dies könnte auch durch den Einsatz einer sogenannten EU-Battle-Group geschehen, an der

Deutschland im ersten Halbjahr 2011 mit 990 Soldaten beteiligt ist (v.a. Sanitäter, Feldjäger und Pioniere). Da bisher keine Anfrage von Seiten der VN vorliegt und auch nicht klar ist, ob und wann diese erfolgen würde, gibt es noch keine konkreten Überlegungen zu Art und Umsetzung einer humanitären Mission. Anfang April hat eine Schiffslieferung des VN-Welternährungsprogramms sicher den Hafen der bedrängten Stadt Misurata erreicht.

Von der Ausbildungskrise zum Fachkräftemangel

Bundestag debattiert Berufsbildungsbericht

Im Jahr 2009/2010 stand der Ausbildungsmarkt angesichts der Wirtschaftskrise vor großen Herausforderungen. Insofern ist es erfreulich, dass die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze gegenüber dem Vorjahr sogar noch leicht angestiegen ist (plus 0,1 Prozent). Der Bundestag debattierte am Freitag den Berufsbildungsbericht 2011 der Regierung.

Ernsthaftes Nachwuchsproblem erwartet

Erneut registrierte die Bundesagentur für Arbeit mehr unbesetzte Ausbildungsstellen als unversorgte Bewerber. Die Zahl der bei der Arbeitsagentur gemeldeten Bewerber, die als Alternative zu einer Ausbildung eine berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme wahrnahmen, aber weiterhin eine Vermittlung in eine reguläre Lehrstelle wünschten, ist im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls gesunken.

Auch die Prognosen für das laufende Jahr sind gut. Das Angebot an Aus-

bildungsplätzen wird steigen. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Abgänger aus allgemein bildenden Schulen als Folge der demografischen Entwicklung bereits seit einiger Zeit. Dieser Trend wird zwar durch die doppelten Abiturientenjahrgänge vorübergehend unterbrochen. Doch haben Studienberechtigte nur zu einem geringen Anteil Interesse an der Aufnahme einer Lehrstelle. Weitaus bedeutsamer für den Ausbildungsmarkt sind jun-

ge Menschen mit maximal mittlerem Schulabschluss. Ihre Zahl geht in Folge der demografischen Entwicklung weiter spürbar zurück.

Was jetzt noch überwiegend als Entlastung am Ausbildungsmarkt wahrgenommen wird, dürfte in den kommenden Jahren zu einem ernsthaften Nachwuchsproblem führen. Schon jetzt herrscht in einigen Regionen Bewerbermangel. Betriebe können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen.



© Lisa F. Young - Fotolia.com

Unionsfraktion gegen höhere Dieselsesteuerung

Aktuelle Stunde im Bundestag – Pläne der EU-Kommission abgelehnt

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat sich vehement gegen die Pläne der EU-Kommission gewandt, Diesel künftig höher zu besteuern. In einer aktuellen Stunde am Donnerstag forderte der Abgeordnete Mathias Middelberg die Bundesregierung auf, in Brüssel die Interessen der deutschen Automobilindustrie und der Verbraucher wahrzunehmen. Der Abgeordnete Norbert Schindler betonte, Steuerharmonisierung in der Europäischen Union dürfe es nicht auf Kosten des deutschen Autofahrers geben.

Middelberg wies darauf hin, dass jedes zweite in Deutschland neu zugelassene Fahrzeug ein Dieselfahrzeug sei. Nach den Plänen der EU-Kom-

mission würde sich der Preis für Diesel um 60 Prozent erhöhen. Am Ende der Übergangsfrist 2023 läge er um 17 Prozent über den Benzinpreis. Eine solche Belastung sei für Verbraucher – zumal für Pendler im ländlichen Raum – „nicht erträglich“. Auf die Landwirtschaft und den Güterverkehr komme ebenfalls eine schwere Belastung hinzu, denn Traktoren und Lkws würden fast alle mit Diesel betrieben.

Die Besteuerung von Kraft- und Heizstoffen soll nach den Plänen der EU-Kommission vom Volumen auf den CO₂-Ausstoß und den Energiegehalt umgestellt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits angekündigt, dass sie gegen die Brüsseler

Pläne ihr Veto einlegen werde.

Derzeit beträgt der europäische Mindestsatz für Diesel 33 Cent pro Liter und für Benzin 35,9 Cent. Nach den Vorstellungen der EU-Kommission würde der Satz für Diesel bis 2018 stufenweise auf 41,2 Cent erhöht, für Benzin bliebe er gleich. Die deutschen Steuersätze betragen schon heute 47 Cent für Diesel und 65,45 Cent für Benzin. Sie müssten also zunächst nicht geändert werden. 2023 griffe aber eine zweite Stufe der Reform: Dann müsste Diesel überall in der EU auf jeden Fall höher als Benzin besteuert werden.

Für eine Reform der Sozialwahlen

Klausurtagung der Arbeitnehmergruppe – Maßnahmen gegen Fachkräftemangel diskutiert

Über die anstehenden Wahlen zu den Parlamenten der Sozialversicherung und über Möglichkeiten zu ihrer Reform haben die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe auf ihrer Klausurtagung am vergangenen Wochenende mit dem Bundeswahlbeauftragten für die Sozialversicherungswahlen 2011, Gerald Weiß, diskutiert. Einen weiteren Themenschwerpunkt der Tagung bildete die Fachkräftegewinnung. Auf Einladung des Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, stand als Gesprächspartner der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, Rede und Antwort.

Höhere Wahlbeteiligung stärkt Legitimation

Ein zentrales Akzeptanzproblem für die Sozialwahlen stellt die „Wahl ohne Wahlhandlung“ dar. Zur sogenannten Friedenswahl kommt es, wenn nur eine Vorschlagsliste eingereicht wird oder wenn auf mehreren Listen nur so viele Kandidaten kandidieren, wie Mandate zu vergeben sind. In der Praxis bedeutet dies, dass die Gruppen, die ein Interesse daran haben, in den Verwaltungsrat oder in die Vertreterversammlung einzuziehen, so lange mit ihren Konkurrenten feilschen, bis

man sich auf eine Liste oder auf ein Personalangebot geeinigt hat, das der Anzahl der zu vergebenen Mandate entspricht.

Was zunächst als Ausnahme gedacht war, entwickelte sich bald zum Regelfall. Der überwältigende Teil der Versicherungsträger bestimmt seine Gremien durch „Wahlen ohne Wahlhandlung“. Die Tatsache, dass die meisten Versicherten wegen der sogenannten Friedenswahl gar nicht im eigentlichen Wortsinne wählen können, hat ungerechtfertigterweise zu einer Diskreditierung der Selbstverwaltung in Teilen der Öffentlichkeit geführt. Die Wahlbeteiligung betrug 2005 nur noch 30 Prozent.

Die Arbeitnehmergruppe will die Beteiligung an diesen Wahlen wieder erhöhen, um die Legitimationsbasis der Selbstverwaltung zu stärken. Dazu soll die „Wahl ohne Wahlhandlung“ abgeschafft werden. Die Regel sollte sein, dass bei allen Sozialversicherungen eine echte Wahl der „Bänke“ von Arbeitnehmern und Arbeitgebern stattfindet.

Zehn Handlungsfelder für mehr Fachkräfte

Das Gesamtkonzept der Bundesagentur für Arbeit zur Steigerung des

Fachkräfteangebots sieht zehn zentrale Handlungsfelder vor. Wie der BA-Vorstandsvorsitzende Weise auf der Klausurtagung erläuterte, soll unter anderem die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss sowie der Ausbildungs- und Studienabbrecher reduziert werden. Weitere Potenziale liegen in einer Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Menschen über 55 und von Frauen sowie in der Ausdehnung der Arbeitszeit Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigter. Wichtig ist laut BA zudem, Ausbildung und Qualifizierung voranzutreiben. Zum Gesamtkonzept gehört weiterhin die gesteuerte Zuwanderung von Fachkräften.

Weise betonte, dass eine gemeinschaftliche Anstrengung verschiedener Akteure, insbesondere von Bund, Ländern, Kommunen und Tarifpartnern, erforderlich sei. Die BA erwartet aufgrund des Wegfalls der Beschäftigungshürden zwischen Deutschland und acht mittel- und osteuropäischen EU-Staaten zum 1. Mai, dass schon 2011 bis zu 150.000 Zuwanderer unterschiedlicher Qualifikation nach Deutschland kommen. Sie geht aber nicht von einem dauerhaften Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs aus.



Peter Weiß und der BA-Vorstandsvorsitzende Frank-Jürgen Weise

Arbeitsmarktmonitor

Die Bundesagentur präsentierte den Teilnehmern der Klausurtagung den neuen Regionalen Arbeitsmarktmonitor, der ein breites Tableau an Daten zur Beschäftigung bietet - heruntergebrochen bis zur Ebene von Landkreisen beziehungsweise kreisfreien Städten und Agenturbezirken. Der Arbeitsmarktmonitor erfasst die sich dynamisch verändernden Rahmenbedingungen und dient als Grundlage für eine langfristige, regional bezogene Arbeitsmarktstrategie.

Union setzt weiter auf Filmförderung

Empfang für die Präsidenten der Deutschen Filmakademie – Standort Deutschland für Filmbranche attraktiv



Volker Kauder und die Präsidentin der Deutschen Filmakademie, Iris Berben

ALG-I-Novelle soll soziale Absicherung von Künstlern verbessern

Fraktionschef Kauder, der kultur- und medienpolitischer Sprecher der Fraktion, Wolfgang Börnsen, und Kulturstaatsminister Bernd Neumann diskutierten mit den Filmschaffenden auch die sozialpolitischen Rahmenbedingungen der Branche. Das Problem der besseren sozialen Absicherung von freiberuflichen Künstlern vor und hinter der Kamera soll gelöst werden. Kauder zufolge will man bei der Novellierung des Arbeitslosengeldes I für die betroffene Branche in Kürze einen Durchbruch erreichen.

Der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) ist ein Erfolgsmodell. Er hat die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Filmwirtschaft gestärkt und den Standort Deutschland für die Branche international attraktiv gemacht.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für eine ungeschmälerte Fortführung der Filmförderung ein. Dies sicherte der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf dem Filmempfang der Unionsfraktion zu, der anlässlich der Verleihung des Deutschen Filmpreises vergangenen Freitag veranstaltet wurde.



Schauspieler Heino Ferch, Ehefrau Jeannette und Filmproduzent Oliver Berben mit Begleitung

60 Millionen Euro Filmförderung zahlen sich aus

Die Präsidenten der Deutschen Filmakademie, Iris Berben und Bruno Ganz, begrüßten die Zusage. Bislang stellt die Bundesregierung jährlich 60 Millionen Euro an Filmförderung zur Verfügung. Mit Erfolg: 2010 wurden 127 Millionen Kinobesucher gezählt; ein Umsatz von 920,4 Millionen Euro wurde erzielt. Mit dem Förderprogramm wird unter anderem die Digitalisierung der Kinos in Deutschland unterstützt.

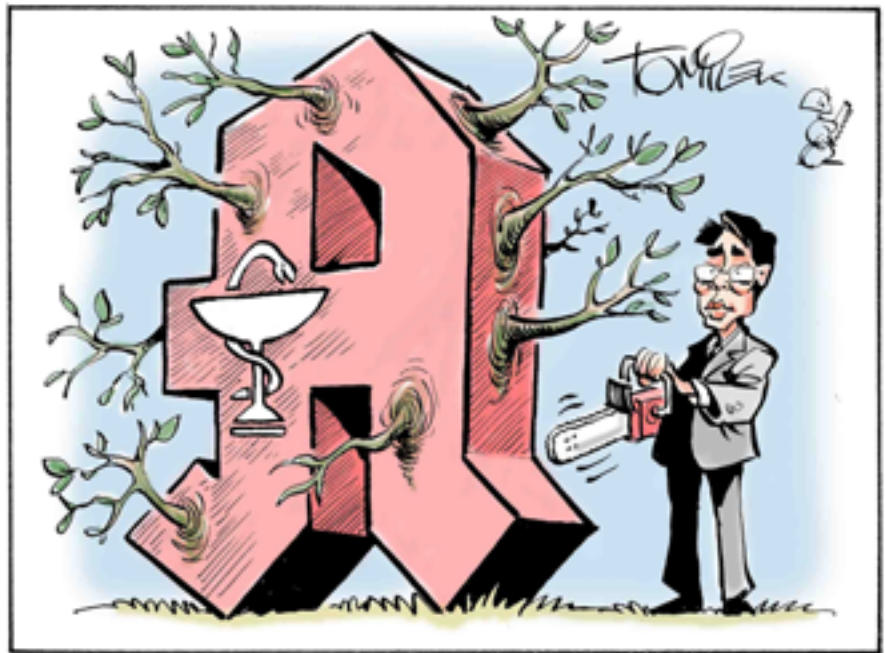


Marco Wanderwitz, Iris Berben und Wolfgang Börnsen

Reichstagskuppel ab Gründonnerstag wieder offen

Kuppel und Dachterrasse des Reichstagsgebäudes sind ab Gründonnerstag, dem 21. April, wieder für Besucher geöffnet. Allerdings ist für Einzelbesucher und Gruppen eine vorherige Anmeldung erforderlich. Die Bundestagsverwaltung rechnet mit einer großen Nachfrage, die die Kapazitäten deutlich übersteigen wird. Daher können Termine nur für die nächsten zwei Monate vergeben werden.

Nach einer Terrorwarnung im November 2010 waren Kuppel und Dachterrasse kurzzeitig ganz gesperrt worden. In den vergangenen Monaten wurden dann Besuchergruppen nach vorheriger Anmeldung wieder zugelassen. Anmelden kann man sich über ein Online-Formular (www.bundestag.de/besuche/formular.html), aber auch per Fax (030/227-36346) und per Post (Deutscher Bundestag, Besucherdienst, Platz der Republik 1, 11011 Berlin). Die Kuppel ist täglich geöffnet von 8 bis 24 Uhr. Die letzten Besucher werden um 23 Uhr eingelassen. Der Besuch ist kostenlos.



APOTHEKEN-FENJSCHNITT

„Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termin

9. Mai 2011

Kongress: 10 Jahre Sozialgesetzbuch IX



Am Girls` Day waren 20 Schülerinnen zu Gast bei der Gruppe der Frauen. Sie verschafften sich Einblick in die Arbeit der Abgeordneten, informierten sich über die Berufsfelder der Informatik und Drucktechnik, gestalteten Visitenkarten und testeten die Ton- und Videotechnik der Fraktion. Zum Mittagessen trafen sie den Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Rita Pawelski, die Vorsitzende der Gruppe der Frauen. Der Girls` Day findet seit 2001 jedes Jahr statt. Durch praktische Einblicke in Technik und Naturwissenschaft sollen mehr Mädchen für diese Berufe begeistert werden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ blogfraktion.de
Der Podcast von Volker Kauder ➔ ikauder.cducusu.de
Fraktion direkt ➔ www.cducusu.de/fd
(Bitte auf den Pfeil klicken.)



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt